«Wir brauchen Fachkräfte aus Europa»

Chefunterhändler Franzen, Regierungsrat Dieth und ABB-Chefin Teuwsen sprechen sich an Event der Mitte für die neuen EU-Verträge aus.

Raphael Willen



EU-Chefunterhändler Patric Franzen, Moderator Mathias Küng, ABB-Schweiz-Chefin Nora Teuwsen und Regierungsrat Markus Dieth (von links).

Bild: Alex Spichale

Die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU polarisiert. Nicht erst seit gestern, sondern schon seit Jahrzehnten. Die neuesten Verträge, die sogenannten Bilateralen III – auch als EU-Paket bezeichnet –, beschäftigen auch viele Aargauerinnen und Aargauer. So erstaunte es nicht, dass am Donnerstagabend 130 Personen den Weg zu Planzer nach Villmergen auf sich nahmen. Dort hatte die Mitte Aargau zur Veranstaltung «Die Schweiz in der Mitte Europas» geladen.

Im Eingangsbereich des Saals waren mehrere Polizisten postiert. Der Grund für das Aufgebot: die Brisanz des Themas, Grösse und Ort der Veranstaltung sowie die hochkarätigen Gäste, wie Edith Saner, Grossrätin und Co-Präsidentin der Mitte Aargau, sagte. Mit Markus Dieth (Regierungsrat), Nora Teuwsen (ABB-Schweiz-Geschäftsführerin) und Patric Franzen (Chefunterhändler EU-Paket) war der Event prominent besetzt.

Planzer-Verwaltungsrat wünscht sich mehr Strom

Gastgeber und Planzer-Verwaltungsrat Severin Baer machte in seinem Grusswort keinen Hehl daraus, was er von der Europäischen Union hält: «Im Moment bin ich gegenüber der EU noch skeptisch.» Von Transportunternehmern aus Deutschland höre er nicht nur Gutes über den Staatenbund. Er lasse sich aber gerne eines Besseren belehren.

Zum Abschluss seiner Ansprache richtete sich Baer direkt an den anwesenden Villmerger Gemeindeammann Ueli Lütolf (Mitte). «Wenn ich einen Wunsch äussern dürfte, würde ich mir mehr günstigen Strom wünschen.» Für die zahlreichen elektrisch betriebenen Lkws und Lieferwagen sei Planzer auf viel Strom angewiesen.

Planungssicherheit bei Energiemangel

Über den Strom sprach wenig später auch ABB-Schweiz-Chefin Nora Teuwsen. Das im EU-Paket enthaltene Stromabkommen biete Planungssicherheit während allfälliger Strommangellagen, sagte sie. Patric Franzen, Chefunterhändler der Schweiz für die EU-Verträge, betonte ebenfalls, dass die Schweiz das Abkommen brauche, um genug Strom zu haben.

«Das neue Vertragspaket ermöglicht es uns, in einem stabilen Umfeld zu wirtschaften», sagte Teuwsen, die auch im Aufsichtsrat von ABB Deutschland sitzt. Der Technologiekonzern betreibt im Aargau drei Standorte – den grössten in Baden, zwei weitere in Dättwil und in Untersiggenthal.

ABB brauche einen hindernisfreien Zugang zum EU-Markt, so Teuwsen. Dazu gehöre etwa der Abbau von unnötiger Bürokratie, den das Paket mit sich bringen würde. Das Unternehmen sei zudem auf Fachkräfte aus Europa angewiesen, «der heimische Arbeitsmarkt reicht schlicht nicht aus». 13 Prozent der ABB-Belegschaft sind Grenzgängerinnen und Grenzgänger.

Beteiligung an Forschungsprogrammen

Eines der Hauptanliegen der Juristin ist die Beteiligung der Schweiz an EU-Forschungsprogrammen. Die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), das Paul-Scherrer-Institut (PSI) in Villigen und die ETH Zürich böten wichtige Forschungsplätze für hochqualifizierte Fachkräfte. Davon profitieren laut Teuwsen Unternehmen wie die ABB, die mit den ausgebildeten Leuten Arbeitsplätze besetzen können.

Für Franzen ist klar: «Wenn wir die bestehenden EU-Verträge nicht erneuern, kann sich die Schweiz an den Forschungsprogrammen nicht mehr beteiligen.»

Keine automatische Übernahme von EU-Recht

Finanzdirektor Markus Dieth, seit 2023 Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), erklärte in aller Ausführlichkeit, wie das Konsultationsverfahren zwischen Bund und Kantonen ablief. Zusammenfassend sagte er: «Der Bundesrat hat die Kantone extrem ernst genommen.» 22 der 26 Kantone stimmten der finalen Version der Verträge zu.

Die Kantone, auch der Aargau, hätten darauf gepocht, dass die Abkommen nur in einzelnen Bereichen gelten. «Einer automatischen Übernahme von EU-Recht beispielsweise hätten wir nie zugestimmt», so Dieth. Stattdessen erfolgen Rechtsübernahmen in einzelnen Abkommen dynamisch.

Das heisst: Gesetzesänderungen erfolgen im normalen Prozess mit parlamentarischer Beratung und allenfalls einer Volksabstimmung.

Die Mitgliedstaaten der EU seien die wichtigsten Handelspartner der Schweiz, hielt der Regierungsrat fest. «Der Handel mit Europa betrifft auch unsere Wirtschaft in der Nordwestschweiz stark.»

Ablehnung könnte Standorte gefährden

Für einen EU-Beitritt sprach sich in den gut zwei Stunden niemand aus. Franzen sagte ausdrücklich, dass es dem Bundesrat nicht um einen Beitritt gehe.

Nichts zu verändern, sei für die Landesregierung aber ebenfalls keine Option. «Das Paket enthält das Minimum, das nötig ist, damit der bilaterale Weg weiterhin funktioniert.»

Und was geschieht, wenn das Schweizer Stimmvolk das EU-Paket ablehnt? Laut Franzen würden die Verträge auslaufen, die EU würde die bestehenden Abkommen nicht erneuern. «Wir könnten nicht länger an Krisenorganisationen und Austauschplattformen teilnehmen, die Versorgungssicherheit würde sinken. Die Schweiz hätte ausserdem einen grossen Wettbewerbsnachteil.»

Auch Teuwsen warnte vor den Folgen einer Ablehnung: «Unternehmensintern wäre es schwieriger, unsere Produktion in der Schweiz zu rechtfertigen.»

Schon jetzt müsse sie die Schweizer Standorte teilweise vor ihren ausländischen Kollegen verteidigen. «In der Schweiz zu produzieren, ist zwar oft teurer, dafür sind wir umso produktiver.»

Der Zeitplan bis zur Volksabstimmung

Voraussichtlich im **März 2026** unterzeichnen Vertretungen der Schweiz und der EU die verhandelten Abkommen. Danach verabschiedet der Bundesrat die Botschaft zuhanden des Parlaments.

In den darauffolgenden Monaten beraten National- und Ständerat das Paket. Im **Sommer 2027** oder im **Sommer 2028** kommt es zur Volksabstimmung.